

14.04.2021

Niederschrift 003/2021

Kreistag

am 23.03.2021 | ErlebnisReich Lünen, Hüttenallee 64, 44534 Lünen

Beginn 15:00 Uhr

Ende 17:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Landrat Mario Löhr

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Bartmann-Scherding

Frau Angelika Chur

Frau Brigitte Cziehso

Frau Martina Eickhoff

Herr Norbert Enters

Herr Hartmut Ganzke

Frau Heike Gutzmerow

Herr Jens Hebebrand

Frau Christine Hupe

Herr Jürgen Kerl

Herr Jens Krammenschneider-Hunscha

Herr Sascha Alexander Kudella

Herr Wilhelm Null

Frau Sigrid Reihs

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmölling

Frau Bettina Schwab-Losbrodt

Frau Simone Symma

Herr Martin Wiggermann

Herr Uwe Zühlke

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Antje Bellaire

Frau Annika Brauksiepe

Herr Peter Dörner

Frau Annette Droege-Middel

Herr Wilfried Feldmann

Frau Claudia Gebhard

Herr Hubert Hüppe

Herr Wilhelm Jasperneite

Anwesend bis 16:50 Uhr

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Olaf Lauschner

Frau Susanne Melchert

Anwesend ab 15:15 Uhr

Herr Gerhard Meyer

Herr Martin Niessner

Frau Martina Plath

Herr Marco Morten Pufke

Frau Ursula Schmidt

Herr Carl Schulz-Gahmen

Frau Vera Volkmann

Herr Michael Zolda

Anwesend bis 16.35 Uhr

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Herr Hans-Ulrich Bangert

Herr Herbert Goldmann

Frau Sandra Heinrichsen

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

Herr Thomas Möller

Frau Patricia Esther Morgenthal

Frau Kirsten Reschke

Frau Stephanie Schmidt

Frau Anke Schneider

Herr Reinhard Streibel

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Dr. Gerrit Heil

Frau Marion Küpper

Herr Timon Lütschen

Kreistagsmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann

Frau Claudia Lange

Herr Andreas Wette

Kreistagsmitglieder DIE LINKE - UWG Selm

Herr Udo Gabriel

Frau Petra Ondrejka-Weber

Herr Dr. Hubert Seier

Kreistagsmitglieder GFL+WfU

Herr Andreas Dahlke

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Kreistagsmitglieder FW Kreisverband Unna / FAMILIE

Herr Helmut Stalz

Anwesend bis 16:10 Uhr

Verwaltung

Herr Kreisdirektor Mike-Sebastian Janke I Dezernent I

Herr Ludwig Holzbeck I Dezernent II

Herr Torsten Göpfert I Dezernent III

Herr Uwe Hasche I Dezernent IV

Frau Sengül Ersan I Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung

Frau Susanne Kronenberg I Stabsstelle Büro Landrat, Kreistag, Gleichstellung I Schriftführerin

Gast

Herr Dr. Michael Dannebom | Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)

Abwesend:**Kreistagsmitglieder SPD**

Frau Sabine Lutz-Kunz

Frau Annette Maria Thomae

Kreistagsmitglieder CDU

Herr Herbert Krusel

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Daniela Heil

Kreistagsmitglieder GFL+WfU

Frau Margarethe Strathoff

Kreistagsmitglieder FW Kreisverband Unna / FAMILIE

Herr Ralf Piekenbrock

Herr Landrat Mario Löhr begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 12.03.2021 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Herr Landrat Löhr weist darauf hin, dass vor Beginn der Sitzung zu Punkt 4 (5-Standorte-Programm Kohleregionen - Beschluss über ausgereifte Projekte / Drucksache 064/21) noch ein Antrag der Fraktion GFL+WfU eingegangen sei, der mit der Drucksachennummer 076/21 als Punkt 4.1 in der Tagesordnung ergänzt worden sei.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

Punkt 1		Bestellung einer Schriftführerin
Punkt 2		Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 3	063/21	Ersatzwahl für ein Mitglied des Beirates der Justizvollzugsanstalt Schwerte
Punkt 4	064/21	5-Standorte-Programm Kohleregionen - Beschluss über ausgereifte Projekte
Punkt 4.1	076/21	5-Standorte-Programm Kohleregionen - Beschluss über ausgereifte Projekte; Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 23.03.2021
Punkt 5	214/20	Realisierung Schnellbusverkehre
Punkt 5.1	073/21	Realisierung Schnellbusverkehre; Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2021 zur DS 214/20

- | | | |
|-------------------|----------|---|
| Punkt 6 | 067/21 | Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2020 / 2021 |
| Punkt 7 | 037/21 | Interkommunale Zusammenarbeit – Abschluss einer neuen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines/einer gemeinsamen IT-Sicherheitsbeauftragten |
| Punkt 8 | 051/21/1 | Machbarkeitsstudie zur Weiterentwicklung des Standortes an der Florianstraße (Kreisleitstelle, Kreisbauhof, Feuer- und Rettungswache des Stadt Unna);
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2021 |
| Punkt 9 | 042/21 | Kommunales Integrationsmanagement in NRW; hier: Rahmenkonzept zur Umsetzung des Kommunalen Integrationsmanagements im Kreis Unna (KIM KU) |
| Punkt 9.1 | 072/21 | Kommunales Integrationsmanagement in NRW - Rahmenkonzept zur Umsetzung im Kreis Unna; Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 18.03.2021 zur DS 042/21 |
| Punkt 10 | 068/21 | Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung |
| Punkt 11 | 060/21 | Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gemäß § 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz |
| Punkt 12 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
| Punkt 12.1 | | Corona-Pandemie im Kreis Unna - Bericht des Dezernenten Hasche |
| Punkt 12.2 | 075/21 | Corona-Impfaktion des Kreises Unna; Anfrage der Fraktion GFL+WfU vom 19.03.2021 |
| Punkt 12.3 | | Landesprogramm Extra-Zeit zum Lernen in NRW |
| Punkt 12.4 | | Naturerlebnis Lippeaue |
| Punkt 12.5 | | Illegales Schächten im Kreis Unna |

Nichtöffentlicher Teil

- | | |
|-------------------|--|
| Punkt 13 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
| Punkt 13.1 | Insolvenz der Greensill Bank |

Öffentlicher Teil

- | | |
|----------------|---|
| Punkt 1 | Bestellung einer Schriftführerin |
|----------------|---|

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Susanne Kronenberg zur Schriftführerin für diese Sitzung des Kreistages bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2**Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 063/21**Ersatzwahl für ein Mitglied des Beirates der Justizvollzugsanstalt Schwerte**Beschluss

Zur Nachbesetzung wird folgende Person für die Ernennung zum Mitglied des Beirates der Justizvollzugsanstalt Schwerte benannt:

Gremium	Funktion	bisheriges Mitglied	neues Mitglied
Beirat der Justizvollzugsanstalt Schwerte	ordentliches Mitglied	Herbert Goldmann	Reinhard Streibel

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 4 064/21**5-Standorte-Programm Kohleregionen - Beschluss über ausgereifte Projekte**Erörterung

Herr Landrat Löhr weist auf den zu diesem Punkt vorliegenden Antrag der Fraktion GfL+WfU (Drucksache 076/21) hin. Er erteilt Herrn Prof. Hofnagel das Wort zur Begründung des Antrages.

Herr Prof. Hofnagel teilt mit, dass seine Fraktion die Vertagung dieses Punktes auf die nächste Sitzung des Kreistages im Juni beantrage. Man begründe den Antrag damit, dass es neben den hier zu Beschlussfassung stehenden Projekten noch weitere vielversprechende Projekte gebe, die erst in der nächsten Kreistagssitzung zur Entscheidung anstünden. Im Sinne der Gleichbehandlung aller kreisangehörigen Kommunen und des Gemeinschaftssinnes sollte niemand dadurch bevorteilt werden, indem man zwei Projekte vorzeitig ins Rennen schicke. Zudem sei es wichtig, erst die Bewertungsmaßstäbe genau zu kennen. Diese seien zwar in Eckpunkten bekannt, aber nicht hinsichtlich deren Gewichtung. Außerdem bestehe so auch die Möglichkeit, noch Projektanträge miteinander vergleichen zu können.

Herr Goldmann teilt mit, dass grundsätzlich noch Informationen zum Stand aller eingereichten Projekte zu Wertschöpfung, Nachhaltigkeit oder auch Priorisierung fehlen würden. Weiterhin fehlten Aussagen zu den Themenschwerpunkten, der Erfüllung von Förderkriterien und eventuell möglicher Nachschärfungen. Trotz vieler noch offener Fragestellungen halte man den Antrag der Fraktion GfL+WfU jedoch nicht für schlüssig. Es gehe hier nicht darum, eine Gleichbehandlung oder Gleichschaltung hinzubekommen. Man diskutiere seit Herbst 2019 darüber, und ursprünglich sollten die Projekte bereits im November vergangenen Jahres auf den Weg gebracht worden sein. Es sei ausreichend Zeit gewesen, entsprechende Projekte substantiell vorzubereiten. Wenn es ausgereifte Projekte gebe, solle der Kreistag auch sukzessive darüber entscheiden. Wichtig sei nur in jedem Fall, dass der Kreistag über alle in der Pipeline befindlichen Projekte so frühzeitig informiert werde, dass man gegebenenfalls auch eine Priorisierung und eine Qualifizierung vornehmen könne.

Herr Ganzke weist darauf hin, dass bereits in der gestrigen Kreisausschusssitzung Fragen von Herrn Prof. Hofnagel zur heutigen Beschlussfassung sehr ausführlich beantwortet worden seien. Danach sei klar, dass es nach dem bisherigen Vorgehen, dem Stand des Verfahrens und der Gespräche mit den Städten und Gemeinden, möglich und auch gut sei, heute über diese Verwaltungsvorschläge zu entscheiden. Es sei nicht nachvollziehen, wie man nach all den Vorbereitungen, besonders unter den aktuellen Corona-Bedingungen und auch den im Vorfeld abgewogenen Alternativen für diese Kreistagssitzung, gerade diesen Tagesordnungspunkt vertagen wolle, der mit den Hauptgrund für die heutige Sitzung darstelle.

Herr Stalz meldet sich zum Verfahren und beantragt, die weitere inhaltliche Aussprache an dieser Stelle zu beenden und erst über den Antrag der GFL+WfU auf Vertagung dieses Punktes abzustimmen.

Herr Prof. Hofnagel betont, dass er eine weitere Aussprache für unbedingt notwendig halte.

Herr Landrat Löhr lässt über den Antrag von Herrn Stalz abstimmen.

Dem Antrag von Herrn Stalz wird mit der nach § 10 Abs. 2 S.1 Geschäftsordnung erforderlichen 2/3-Mehrheit stattgegeben. (48 Ja-Stimmen / 15 Nein-Stimmen / keine Enthaltung bei 63 stimmberechtigten Kreistagsmitgliedern).

Eine weitere Debatte findet nicht mehr statt.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion GFL+WfU (Drucksache 076/21).

Punkt 4.1 076/21 5-Standorte-Programm Kohleregionen - Beschluss über ausgereifte Projekte; Antrag der Fraktion GFL+WfU vom 23.03.2021

Beschlussvorschlag

Der Kreistag beschließt, die Beschlussfassung zu dem TOP „Ö 4 Fünf-Standorte-Programm Kohleregionen“ in die nächste Kreistagsitzung im Juni zu verschieben.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich nicht beschlossen (58 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, FDP, Die Linke-UWG Selm, der Gruppe FW/Familie und des Landrates / 5 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und GFL+WfU / keine Enthaltung)

Nachdem der Antrag der Fraktion GFL+WfU mehrheitlich abgelehnt wurde, erteilt Herr Landrat Löhr Herrn Dezernenten Holzbeck das Wort zur Erläuterung der Verfahrensabläufe.

Herr Dezernent Holzbeck verweist auf die bereits in der virtuellen Informationsveranstaltung am 08.03.2021 für die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Kreis- und Regionalentwicklung dargestellten Ausführungen. Er erläutert noch einmal das Procedere und den Untersuchungs- und Bewertungsablauf, der auch ausführlich bereits in der Drucksache 208/20 dargestellt sei. Aufgrund dieser so vereinbarten Vorgehensweisen und im Rahmen der Betreuung der Antragsteller durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft seien bei den hier vorliegenden Projekten „Plastic for Planet“ und „Bio-Economy Campus Unna/Hamm“ alle Bewertungskriterien nun soweit abgearbeitet, dass der Kreistag darüber entscheiden könne, diese an den Strukturstärkungsrat weiterzuleiten. Vor dem Hintergrund der Beantragung weiterer Projekte weise er darauf

hin, dass die Bundesmittel für die Förderung in drei Tranchen aufgesplittet worden seien, für 2021-2026 / 2026-2032 / 2032-2038 und dann sogar noch einmal für die Folgejahre. Im Sinne der Wertschöpfung und der Möglichkeiten, die für den Kreis Unna generiert werden könnten, sollte man aber versuchen, möglichst schnell mit ausgereiften Projekten in die erste Projektförderphase zu kommen, schließlich konkurriere man mit den Projekten von vier weiteren Standorten. Er plädiere daher dafür, sobald ein Projekt spruchreif sei, darüber im Kreistag zu beschließen und es dann einzureichen.

Herr Dr. Dannebom bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Dezernent Holzbeck zur Ausfinanzierung. Es sei ein offenes Verfahren, sodass weitere Projekte jederzeit auf den Weg gebracht werden könnten. Er geht noch einmal auf die zwei Verfahrensschritte ein. Der erste innerhalb des Kreises Unna sei ein selbst auferlegtes Verfahren, das in der abschließenden Prüfung durch das Untersuchungsgremium und dem anschließenden Beschluss des Kreistages gipfele, mit dem der Landrat beauftragt werde, die Projekte, die ein positives Votum erlangten, an den Strukturstärkungsrat weiterzuleiten. Dieses Verfahren beinhaltete alle Punkte, die auch in der Indikatorik behandelt würden. Diese liege in Grundzügen fest. Die wesentlichen Punkte, ob Beschäftigung, Wertschöpfung, Innovationskraft, Modellcharakter, Handlungsfelder und auch Nachhaltigkeit, seien alle in dem Verfahrensvorschlag enthalten. Der letzte Verfahrensvorschlag der WFG werde voraussichtlich am 21.04.2021 beschlossen und sehe lediglich eine unterschiedliche Gewichtung vor. Mit der Beschlussfassung im Kreistag erfolge eine Überordnung an die nächste Ebene, in den nächsten Verfahrensschritt. Dieser zweite Verfahrensschritt beginne dann damit, dass die Business Metropole Ruhr (BMR) den Antrag auf Vollständigkeit prüfe und ihn dann an den vom Land NRW beauftragten Projektträger in Jülich (PTJ) weiterleite, der dann diese Projekte nach den Gesichtspunkten der Indikatorik prüfe, ein Gutachten erstelle und gemeinschaftlich mit den Bezirksregierungen (BR), die für die Projektantragsteller zuständig seien, eine Stellungnahme schreibe und diese dem Strukturstärkungsrat vorlege. Dort würden dann die Punkte diskutiert und geprüft, bevor man dort dann abschließend über die Förderfähigkeit des Projektes und die Förderwürdigkeit entscheide. Man sei gut beraten, alle Projekte, die jetzt eine Entscheidungsreife durch das Untersuchungsgremium attestiert bekämen, sukzessive auf den Weg zu bringen. Die Projekte, die nun eingereicht würden, stünden zunächst in erster Reihe. Sie würden aber auch zeigen, wie im Strukturstärkungsrat diskutiert und gewichtet werde, und diese Erfahrungen könnten dann auf andere Projekte übertragen werden.

Herr Lauschner bestätigt, dass die beiden Projekte auf der Informationsveranstaltung bis ins Detail vorgestellt worden seien. Dort habe es allgemein keinen erkennbaren Widerspruch gegeben.

Herr Klostermann betont, dass es nicht darum gehe, die Projekte zu bewerten oder zu favorisieren, sondern darum, beschlussfähige Anträge oder Konzepte an die nächste Instanz weiterzuleiten. Die Projekte des Kreises Unna stünden nicht im Wettbewerb untereinander, sondern in Konkurrenz zu denen anderer Städte und Kreise. Für die FDP-Fraktion sei es wichtig, dass die Fördermittel hier in die Region kämen. Es sei zwar wünschenswert, wenn Standorte ehemaliger Kohlekraftwerke davon profitieren könnten, aber wenn es im Augenblick dort keine entscheidungsreifen Projekte gebe, dann müsse man auch andere akzeptieren und fördern, wenn dadurch im Kreis Unna Arbeitsplätze und nachhaltige Wertschöpfung gesichert würden. Dazu müsse man möglichst viel in die Waagschale werfen, um letztendlich die größten Chancen auf die Fördermittel zu bekommen. Seine Fraktion werde daher dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Herr Stalz schließt sich den Ausführungen von Herrn Klostermann an. Auch die Gruppe FW/Familie unterstütze beide Projekte. Man sehe aber durchaus qualitative und quantitative Unterschiede. Er habe an Herrn Dr. Dannebom noch zwei Fragen: Zum einen zur Höhe der Anschubfinanzierung für das Bio-Security-Center in Bönen vor etwa 15 Jahren als vergleichbarem Projekt und zur Anzahl der im Umfeld dadurch geschaffe-

nen neuen Arbeitsplätze. Zum anderen in Bezug auf die vorliegenden Projekte die Frage nach der Zuständigkeit für die Projektkontrolle und in diesem Rahmen der Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnisse.

Herr Kühnapfel äußert die Bedenken seiner Fraktion GRÜNE im Kreistag zum Projekt "Plastic for Planet". Dies überzeuge weder inhaltlich noch konzeptionell und gehe ihres Erachtens von den falschen Ansätzen aus. Man beantrage daher getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages der Drucksache 064/21.

Hinsichtlich der getrennten Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages besteht allseits einvernehmliche Zustimmung.

Frau Droege-Middel spricht ihr Bedauern darüber aus, dass die heute zur Beschlussfassung vorliegenden Projekte beide nicht in Kommunen des Kreises angesiedelt seien, die direkt vom Kohleausstieg betroffen sind. Sie würde sich wünschen, dass sich der Kreis in erster Linie dafür einsetze, die Fördermittel aus dem Kohleausstieg hauptsächlich und überwiegend in die Städte Lünen, Werne und Bergkamen als betroffenen Kommunen zu geben. Sie bedauere es auch, dass Projekte aus diesen Städten noch nicht entscheidungsreif seien. Die hier genannten Projekte seien im Hinblick auf Nachhaltigkeit, Innovation und Sicherung von Arbeitsplätzen positiv zu bewerten, und man könne diesen daher auch zustimmen. Mit ihnen mache man nun einen Start, auch wenn eine Dringlichkeit nicht gegeben sei, da die Indikatorik für den Strukturstärkungsrat ihrer Kenntnis nach noch nicht festgelegt worden sei. Die einzelnen Indikatoren seien zwar bekannt, es fehle aber noch die Gewichtung. Außerdem liege auch der Bewerbungsbogen, sprich das Antragsformular, noch nicht vor. Bewerbungen, die an den Strukturstärkungsrat und die Jülicher Projektgruppe gehen, könnten deshalb noch nicht eingereicht werden. An Herr Dr. Dannebom habe sie die Frage, ob es eine Gesamtstrategie für den Kreis Unna hinsichtlich der Entwicklung und Einreichung weiterer Projekte gebe?

Herr Dr. Heil teilt mit, dass seiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die aktuelle Informationslage für eine heutige Entscheidungsfindung nicht ausreiche. Man erwarte, auch wenn die Bewertungsmatrix noch nicht fertig sei, von der Verwaltung vorgearbeitet zu bekommen, wie die einzelnen Kriterien in diesen Projekten nachzuvollziehen seien. Bei zukünftigen Projekten sollten solche Ausführungen den Drucksachen beigelegt werden, damit einheitlich zu erkennen sei, ob diese im Rahmen der Kriterien förderungswürdig und daher positiv zu beschließen seien.

Herr Dr. Seier erklärt, dass die Fraktion Die Linke-UWG Selm beide Projekte mittragen werde. Mit diesem Beschluss gebe man die Projekte ja auch erst einmal nur für die nächste Stufe frei. Seine Fraktion wisse, dass Kunststoff, Kunststoffverwertung und natürlich auch Kunststoffvermeidung wichtige Themen der Zukunft seien. Das Projekt "Plastic for Planet" befasse sich zusammen mit renommierten Beteiligten mit den Möglichkeiten der Verwertung anfallender Kunststoffe. Den Projektnamen halte er allerdings für schlecht gewählt. Zum Projekt "Bio-Economy" sei zu sagen, dass man an der Kreislaufwirtschaft nicht vorbeikomme. Insofern seien es gut gewählte Themen für beide Projekte.

Herr Prof. Hofnagel betont, dass es doch für alle klar sein sollte, dass, wenn man sich um Fördermittel bewerbe, die in erster Linie in Kohlekraftwerk-Städte gehen sollten, man aus Solidarität gegenüber diesen benachteiligten Städten und auch schon symbolisch beim ersten Aufschlag auch Förderprojekte aus den Städten Bergkamen, Lünen und Werne ganz vorne platzieren sollte. Er zitiere an dieser Stelle Herrn Dr. Dannebom, dass die ersten Projekte den Vorteil hätten, auf der Projektautobahn ganz vorne zu stehen. Er heiße dessen Empfehlung nicht für gut, die Projekte jetzt schon freizugeben, in dem Wissen, dass die Bewertungskriterien noch nicht feststehe. Außerdem fehlten noch die Handreichungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

zen sowie zum Thema Nachhaltigkeit. Hinzu komme, dass eine Vergleichbarkeit der einzelnen Projekte überhaupt nicht möglich sei, z.B. in Form einer Kurzübersicht. Es gehe hier nicht um eine Ablehnung von Einzelprojekten, sondern um die Art der Verfahrensführung und -umsetzung. Diese könne man so nicht mittragen und werde daher beide Projekte ablehnen.

Herr Dahlke bittet Herrn Dr. Dannebom sich noch einmal zum Thema weitere Förderungen und Sicherstellung der finanziellen Ressourcen zu äußern.

Herr Pufke fasst die Position der CDU-Fraktion zusammen. Grundsätzlich sei man der Auffassung, dass die Strukturhilfen dorthin fließen sollten, wo infolge des Ausstiegs aus der Steinkohleverstromung Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuereinnahmen entfallen würden, namentlich nach Bergkamen, Lünen und Werne. Insbesondere diese drei Kommunen seien nun aufgefordert, zügig Projekte vorzulegen, gerne gemeinsam mit der Privatwirtschaft und der Industrie. Oberste Priorität aus Sicht der CDU-Fraktion hätten bei den Projekten, die man ins Rennen schicken wolle, die Themen Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Innovation. Die Projekte, über die man heute beschließen werde, seien ohne Zweifel innovativ, allerdings nur unzureichend mit harten Zahlen hinterlegt. Dies müsse bei zukünftigen Projekten deutlich besser werden. Heute werde man zustimmen.

Herr Dr. Dannebom beantwortet die an ihn gerichteten Fragen.

Herrn Stalz teilt er mit, dass ca. 640 Arbeitsplätze im Umfeld des Bio-Security-Centers geschaffen worden seien und das Gesamt-Investitionsvolumen seines Wissens nach um die 25 Millionen Euro mit einem Fördersatz um die 80 Prozent betragen habe. Die Gemeinde Bönen habe dazu den Eigenanteil in Höhe der restlichen 20 Prozent erbracht. Dieses Vorgehen werde auch bei dem neuen Projekt so praktiziert, d. h. die Gemeinde Bönen werde auch hier den anfallenden Eigenanteil tragen müssen. Die Projektkontrolle obliege dem Fördergeber. Das Projektcontrolling sei sehr intensiv, und es werde in regelmäßigen Abständen geprüft, ob die beantragten Mittel eingehalten würden und die Schätzungen richtig seien.

Zu der Kritik der Fraktion GRÜNE im Kreistag am Projekt "Plastic for Planet" führt er aus, dass dieses das schlechte Image der kunststoffherstellenden Industrie und des Kunststoffes zum Anlass nehme und bereits bei der Produktion - in Bereichen, in denen Kunststoff einen deutlichen Vorteil gegenüber anderen Materialien habe - schon das Recycling und damit die End-of-Pipe-Technologien in den Produktionsprozess mit einzubeziehen. Er sehe darin einen richtigen und sinnvollen Ansatz. Damit passe das Projekt sehr gut in die Recycling- und Kreislaufstrategie des Kreises Unna hinein.

Zu Frau Droegel-Middels Frage nach einer Gesamtstrategie teilt er mit, dass man derzeit dabei sei, die Schwerpunkte, für die der Kreis Unna stehe, zu erarbeiten. Zweifelsohne würden die hier vorliegenden Projekte in Stärken des Kreises Unna einzahlen und zwar im Bereich der Kreislaufwirtschaft, aber auch im Bereich der Lebensmittelsicherheit und der Bioökonomie. Dies entbinde nicht von der Aufgabe, das Gesamtziel des Kreises Unna in Zukunft noch weiter zu schärfen, damit man nicht nur eine Summe von Einzelprojekten hier auf den Weg bringe.

Zu Herrn Prof. Hofnagels Anmerkungen zur Indikatorik und fehlenden Handreichungen führt er aus, dass sich die Indikatorik, wie schon erläutert, lediglich in der Gewichtung noch verschoben habe, nicht aber hinsichtlich der Inhalte, wie die Kriterien anzusetzen seien. Die Handreichungen lägen in der Form vor, wie sie vorletzten Montag dargestellt worden seien. Die Arbeitsgruppe habe diese mit wenigen Änderungen freigegeben. Beim Bereich Beschäftigung sei beim Punkt Tarifsicherheit nachgearbeitet worden. Beim Bereich Nachhaltigkeit habe es keine gravierenden Aspekte mehr gegeben, weil dort die Handreichung vom Landesumweltministerium ausgearbeitet worden sei. Er gehe davon aus, dass am 21.04. sowohl die Indikatorik als auch die Handreichungen finalisiert werden können. Er weist darauf hin, dass Herr Prof. Hofnagel ihn unvollständig zitiert habe. Eine Benachteiligung nachfolgender Projekte sehe er nicht. Er habe gesagt, dass

die jetzt vorliegenden Projekte den Vorteil hätten, in erster Reihe zu stehen, aber dass sie gleichzeitig auch mit Dingen zu kämpfen hätten, die bis heute noch nicht bekannt seien. Spätere Projekte könnten dann insofern davon profitieren, als dass man diese Erfahrungen bei ihrer eigenen Projektgenese später mit einarbeiten könne. Die Einbringung zukünftiger Projekte könne seines Erachtens aufgrund des langen Zeitraumes bis 2038 eigentlich nur sukzessive, jeweils bei Entscheidungsreife, wie auch heute über den Kreistag erfolgen. Dazu seien alle aufgerufen, gute Projekte und Ideen zu entwickeln.

Auf die Frage von Herrn Dahlke nach ausreichenden Fördermitteln, macht er deutlich, dass man letztlich mit anderen Standorten um gute Projekte konkurriere. Aussagen darüber, ob am Ende eines Zeitraumes von 2021-2026 auch noch genug Geld da sein werde, wenn man ein Projekt im Jahr 2025 auf den Weg bringen wolle, könne man jetzt nicht machen. Vom Grundsatz her würden aber für alle Projekte die gleichen Maßstäbe gelten.

Zu Herr Pufkes Ausführungen merkt er an, dass die CDU-Fraktion immer wieder deutlich gemacht habe, dass Beschäftigung, Wertschöpfung und Innovation für sie die wichtigsten Aspekte seien, es müssten aber auch andere Indikatoren wie Nachhaltigkeit und die Handlungsfelder mitberücksichtigt werden.

Auf Herrn Zoldas Frage, ob sich beide Projekte z.B. auch am Standort Bergkamen realisieren lassen würden, teilt er mit, dass dies theoretisch überall möglich sei, wo es einen entsprechenden Standort gebe, der die Realisierung dieser Gebäude, bzw. dieser Projekte gewährleiste. Das Projekt "Bio-Economy" in Bönen habe dort den Standortvorteil, dass sich direkt neben dem Bio-Security-Center Synergieeffekte ergäben, die am Standort Bergkamen so nicht bestehen würden. Beim Projekt "Plastic for Planet" sei die Standortfrage am Anfang offen gewesen, und man habe versucht, zwischen dem Kunststoffinstitut in Lüdenscheid und dem Recyclingschwerpunkt in Lünen möglichst auf halbem Wege eine Brücke zu schlagen. In Schwerte sei dann ein entsprechender Standort gefunden. Die Kommune, habe auch deutlich gemacht hat, dass sie die Eigenanteile für die investiven Mittel zu zahlen bereit sei.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, lässt Herr Landrat Löhr über den Beschlussvorschlag der Drucksache 064/21 nach Ziffern getrennt abstimmen.

Beschluss

1. Das Projekt **Plastic for Planet** wird beschlossen und der Landrat wird beauftragt, das Projekt dem Strukturstärkungsrat zur Förderung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (48 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP, Die Linke-UWG Selm, der Gruppe FW/Familie und des Landrates / 15 Nein-Stimmen der Fraktion GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und GFL+WfU / keine Enthaltung)

Beschluss

2. Das Projekt **Bio-Economy Campus Unna/Hamm** wird beschlossen und der Landrat wird beauftragt, das Projekt dem Strukturstärkungsrat zur Förderung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (61 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, Die Linke-UWG Selm, der Gruppe FW/Familie und des Landrates / 2 Nein-Stimmen der Fraktion GFL+WfU / keine Enthaltung)

Herr Landrat Löhr unterbricht die Sitzung um 16.05 Uhr für eine kurze Pause und eröffnet diese wieder um 16.15 Uhr.

Punkt 5 214/20 Realisierung Schnellbusverkehre

Erörterung

Herr Landrat Löhr weist auf den zu diesem Punkt gestellten Antrag der CDU-Fraktion (DS 073/21) hin und erteilt Herrn Zolda das Wort zur Antragsbegründung.

Herr Zolda teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Schnellbuslinien im Kreis Unna begrüße. Die Fördermittel des Landes würden die Einrichtung der Schnellbuslinien S40 und S60 im Kreis Unna in interkommunaler Zusammenarbeit mit der Stadt Hamm ermöglichen. Diese Fördermittel würden über die zuständigen Zweckverbände ZRL und NWL an die kommunalen Verkehrsträger auf Grundlage von Förderrichtlinien weitergeleitet und seien als 100-Prozent-Förderung gedacht. Die Schnellbusse stellten eine Ergänzung zum schienengebundenen Nahverkehr dar und sorgten für eine schnelle Verbindung von Lünen nach Unna innerhalb des Kreises Unna und für eine direkte Anbindung Bergkamens an den Hauptbahnhof Hamm, insbesondere sollten sie ein attraktives Angebot für Pendler sei. Die Vorlage der Kreisverwaltung sei der CDU-Kreistagsfraktion mit Blick auf die Finanzierung aber nicht konkret genug gefasst, deshalb habe man diesen Antrag erarbeitet, der eine dauerhafte Finanzierung sicherstellen solle. Vor dem Hintergrund des wachsenden Defizits der VKU lege man großen Wert darauf, dass die Finanzierung der Schnellbusverkehre dauerhaft auskömmlich sei und der Kreishaushalt nicht belastet werde.

Herr Schmülling erklärt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Diese sei eindeutig und selbsterklärend. Die VKU habe ihrerseits sehr konservativ kalkuliert und die Busse seien bis 2026 abgeschrieben. Die Wirtschaftlichkeit der VKU sei für sie kein Kriterium, um den Beschlussvorschlag im Sinne des CDU-Antrages umzuändern und sich für die Zukunft sämtliche Entwicklungen, die die Linien nehmen könnten, zu verbauen. Man freue sich darauf, für den Kreis Unna in Richtung Hamm und zwischen Unna und Lünen eine bessere Verbindung zu bekommen.

Frau Schneider drückt im Namen der Fraktion GRÜNE im Kreistag ebenfalls die Freude über die Schnellbuslinien aus. Gerade die von Lünen in Richtung Unna sei absolut nötig und prioritär zu behandeln. Nach langer Diskussion, sei es gut, jetzt die Anschubfinanzierung dafür zu bekommen und die Linien einrichten zu können. Dabei sollte auf die richtige Linienführung geachtet werden und darauf, dass es ein echter Schnellbus und eine Alternative zum Auto sei. Vor diesem Hintergrund sollte man nicht jetzt schon festlegen, dass es für den Kreis für immer kostenfrei sein müsse. Ihre Fraktion werde daher den CDU-Antrag ablehnen und der Drucksache der Verwaltung zustimmen.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, geht Herr Landrat Löhr zur Abstimmung über, zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 073/21).

Punkt 5.1 073/21 Realisierung Schnellbusverkehre; Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2021 zur DS 214/20

Beschlussvorschlag

Modifikation zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages der Drucksache 214/20:

Der Umsetzung der Schnellbuslinien S40 und S60 wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass der Haushalt des Kreises Unna weder direkt noch mittelbar (VKU) belastet wird und eine dauerhafte, auskömmliche Förderung durch ZRL und NWL sichergestellt ist.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich **nicht** beschlossen (40 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, GRÜNE im Kreistag, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke-UWG Selm, GFL+WfU und des Landrates / 22 Ja-Stimmen der Fraktionen CDU und FDP / keine Enthaltung)

Herr Landrat Löhr lässt dann über den Beschlussvorschlag der Drucksache DS 214/20 abstimmen.

Beschluss

1. Der Umsetzung der Schnellbus-Linien S40 und S60 ab dem 25.10.2021 wird zugestimmt.
2. Der Landrat wird beauftragt, für die neue Schnellbuslinie S40 die entsprechenden Fördermittel beim ZRL zu beantragen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 067/21 Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2020 / 2021

Die Übersicht der Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen 2020 / 2021 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 037/21 Interkommunale Zusammenarbeit – Abschluss einer neuen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines/einer gemeinsamen IT-Sicherheitsbeauftragten

Erörterung

Herr Klostermann lobt für die FDP-Fraktion ausdrücklich die hier entstandene Form der interkommunalen Zusammenarbeit, bei der in diesem Fall die Kreisstadt Unna den Hut aufhabe. Dies sei sehr gut gelungen. Eine Zusammenarbeit kreisangehöriger Kommunen auch ohne Beteiligung des Kreises sehe man positiv und werde sie jederzeit begrüßen.

Herr Landrat Löhr erklärt, er werde dieses Lob in der Bürgermeisterkonferenz weitergeben. Der Kreis sei sehr froh, dass sich mit der Kreisstadt Unna nun eine Kommune gefunden habe, die die Aufgaben übernehmen werde.

Beschluss

Dem Abschluss der neuen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines/einer gemeinsamen IT-Sicherheitsbeauftragten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 051/21/1 Machbarkeitsstudie zur Weiterentwicklung des Standortes an der Florianstraße (Kreisleitstelle, Kreisbauhof, Feuer- und Rettungswache des Stadt Unna); Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2021

Erörterung

Herr Landrat Löhr weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag noch einmal geändert habe und daher hier nun diese Ergänzungsdrucksache vorliege. Dann erteilt er Herrn Pufke das Wort zur Antragsbegründung.

Herr Pufke weist darauf hin, dass man zwischenzeitlich noch einmal Gespräche geführt habe, die zur Ergänzung ihres Antrages geführt hätten. Sowohl der Kreis Unna als auch die Kreisstadt Unna hätten Bedarfe, die am Standort Florianstraße realisiert werden könnten und sollten. Es dürfe nicht passieren, dass beide nebeneinander her planen und dadurch Synergien verloren gingen oder man sich womöglich gegenseitig im Wege stehe. Ziel sei es, den Standort Florianstraße gemeinsam und damit zum Vorteil aller weiterzuentwickeln. Mit einer positiven Beschlussfassung über den hier gestellten Antrag käme man diesem Ziel ein gutes Stück näher.

Herr Meyer unterstützt Herrn Pufkes Aussage. Er erklärt, dass er auch als Unnaraner Bürger für diesen Antrag werbe. So könne ein Baukörper entstehen, in dem alle Kräfte des Kreises und der Kreisstadt Unna untergebracht seien, bei geringerem Flächenverbrauch, mit deutlich niedrigeren Bewirtschaftungskosten und als einem guten Signal für interkommunale Zusammenarbeit.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, eine interne Bedarfsermittlung des Kreises Unna (Ermittlung der künftigen Personal-, Raum-, Lager- und Stellplatzkapazitäten unter Berücksichtigung der absehbaren Weiterentwicklungen im Bevölkerungs- und Katastrophenschutz) vorzunehmen, mit dem Ziel möglichst gemeinsam mit der Kreisstadt Unna eine Machbarkeitsstudie zur Weiterentwicklung des Standortes an der Florianstraße (Kreisleitstelle, Kreisbauhof, Feuer- und Rettungswache der Stadt Unna) zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 9 042/21 Kommunales Integrationsmanagement in NRW; hier: Rahmenkonzept zur Umsetzung des Kommunalen Integrationsmanagements im Kreis Unna (KIM KU)

Erörterung

Herr Landrat Löhr weist auf den Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag (DS 072/21) zu diesem Punkt hin und erteilt Herrn Goldmann das Wort zur Antragsbegründung.

Herr Goldmann lobt die Landesregierung für ihr gelungenes Konzept zum Ausbau eines strategischen und operativen kommunalen Integrationsmanagements. Insofern sei der Vorschlag, sich kreisseitig an der Förderrichtlinie zu beteiligen nur konsequent und die Vorlage der Verwaltung auch zweifelsfrei schlüssig und gut. Wenn man dem Vorschlag der Verwaltung zur Umsetzung des Konzeptes aber folge, würde man die

Wohlfahrtsverbände völlig unnötig vor den Kopf stoßen und womöglich die wichtigsten Verbündeten eines qualifizierten Integrationsmanagements verlieren. Er spreche hier nur von dem in der Drucksache aufgeführten Baustein 2 – die Bausteine 1 und 3 seien für seine Fraktion völlig unstrittig – in dem es um das rechtsübergreifende individuelle Schnittstellenmanagement gehe. Man benötige keine Verweisberatung, sondern persönliche Begleitung und individuellen Dialog. Dies könnten die Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsbetreuungseinrichtungen besser leisten als städtische Beteiligungen. Aufgrund der Befristung auf 2 Jahre, sehe man die Wahrscheinlichkeit, dass die Verbände qualifizierte MitarbeiterInnen für die Besetzung der Stellen gewinnen könnten, höher an, als bei der Verwaltung. Das Integrationsmanagement in einer Hand organisieren zu wollen, könne auch unter Einbindung der Wohlfahrtsverbände über den vorgesehenen Lenkungsreis hinaus sichergestellt werden, wie es das Beispiel anderer Kommunen zeige. Grundsätzlich hätte man es für unproblematischer gehalten, alle acht Stellen beim Kommunalen Integrationszentrum des Kreises anzudocken. So aber plädiere man dafür, zwei von acht Stellen den Wohlfahrts- und Flüchtlingsbetreuungsverbänden an die Hand zu geben und dies auch in einer entsprechenden Vereinbarung mit ihnen festzulegen.

Herr Ganzke erklärt, dass auch die SPD-Fraktion mit einer Ansiedlung aller acht Stellen im Bereich des Kommunalen Integrationszentrums (KI) einverstanden gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund habe man intensive Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des KI geführt. Dort sei ihnen mitgeteilt worden, doch dem Verwaltungsvorschlag zuzustimmen, da dieser den Kommunen gerade auch im Bereich der Migrationsberatung die Chance auf ein neues Miteinander und eine gemeinsame Arbeit eröffne. Zudem habe die SPD-Fraktion unter Vermittlung ihrer sozialpolitischen Sprecherin Angelika Chur auch Gespräche mit der Vertretung der Wohlfahrtsverbände geführt, in denen deutlich gewesen sei, dass diese auch weiterhin ein aktiver und guter Player im Bereich der Migrationsberatung im Kreis Unna und auch in der Zusammenarbeit mit Kreistag und Verwaltung seien. Hier werde man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Klostermann betont, dass sich die FDP-Fraktion den Ausführungen der Fraktion GRÜNE im Kreistag voll anschließen könne. Man habe sich ebenfalls mit der Thematik intensiv beschäftigt und entsprechende Gespräche geführt und halte den Antrag mit den darin genannten Punkten für besser als die Verwaltungsvorlage, insbesondere hinsichtlich der Personalgewinnung durch die Wohlfahrtsverbände und die sich ergebenden Vorteile und Synergien durch eine Zusammenarbeit mit der AG Wohlfahrt.

Herr Dr. Seier teilt mit, dass auch die Fraktion Die Linke-UWG Selm den Antrag der GRÜNEN im Kreistag unterstütze. Dieser sei ein Anshub und ein Signal für die Wohlfahrtsverbände.

Herr Pufke erklärt, dass die Verwaltungsvorlage für die CDU-Fraktion absolut plausibel sei. Dies sei ein gutes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit der Kommunen Bergkamen, Kamen und Bönen, die 2,5 Stellen gemeinsam besetzen würden. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, lässt Herr Landrat Löhr zunächst über den Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag abstimmen.

Punkt 9.1 072/21 Kommunales Integrationsmanagement in NRW - Rahmenkonzept zur Umsetzung im Kreis Unna; Antrag der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 18.03.2021 zur DS 042/21

Beschlussvorschlag

Änderung des Beschlussvorschlages der Drucksache 042/21 in Punkt 3:

Der Landrat wird beauftragt, entsprechende Anträge beim Land zu stellen und das Rahmenkonzept mit den Beteiligten, insbesondere der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände weiter auszugestalten.

Er berichtet über die weiteren Entwicklungen im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Integration und Familie (ASIF).

Neuer Punkt 4 zum Beschlussvorschlag:

Das Rahmenkonzept sieht eine verbindliche Berücksichtigung der Wohlfahrts- und Flüchtlingsbetreuungsverbände im Baustein 2 – Rechtsübergreifendes Fallmanagement – mit einem Stellenanteil von 2 der 8 geförderten VzÄ vor

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich **nicht** beschlossen (40 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU und des Landrates/ 21 Ja-Stimmen der Fraktionen GRÜNE im Kreistag, FDP, Die Linke – UWG Selm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und GFL+WfU / keine Enthaltung)

Es schließt sich dann die Abstimmung über die Drucksache 042/21 der Verwaltung an.

Beschluss

1. Der Kreistag begrüßt die Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen zum Ausbau eines strategischen und operativen Kommunalen Integrationsmanagements.
2. Der Kreis Unna beteiligt sich an der Förderrichtlinie „Kommunales Integrationsmanagement (KIM)“ des Landes Nordrhein-Westfalen auf der Basis des Rahmenkonzeptes „Kommunales Integrationsmanagement Kreis Unna – KIM KU“.
3. Der Landrat wird beauftragt, entsprechende Anträge beim Land zu stellen und das Rahmenkonzept mit den Beteiligten weiter auszugestalten. Er berichtet über die weiteren Entwicklungen im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Integration und Familie (ASIF).

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 10 068/21 Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung

Beschluss

Die der Drucksache 068/21 als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung sowie der Fleischhygiene wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 11 060/21 Anzeige von Nebentätigkeiten des Landrates gemäß § 17 Abs. 2 Korruptionsbekämpfungsgesetz

Die Anzeige über die Nebentätigkeiten des früheren Landrates Michael Makiolla wird zu Kenntnis genommen.

Punkt 12.1 Corona-Pandemie im Kreis Unna - Bericht des Dezernenten Hasche

Herr Dezernent Hasche berichtet über die Corona-Situation im Kreis Unna und erläutert dazu ausführlich die aktuellen Zahlen, Daten und Fakten (s. Anlage).

In Rahmen seines Berichtes beantwortet er auch die Anfrage der Gruppe FW/Familie vom 17.02.2021 (Drucksache 054/21) zu den Entwicklungen im Bereich der Schnelltestung/Bürgertestung. Zusätzlich zu den dazu genannten Zahlen (s. Seite 4 der Anlage) erläutert er, dass das Land Nordrhein-Westfalen Mitte März in einer Allgemeinverfügung das Thema Bürgertestung geregelt habe. Von den aktuell 77 beim Gesundheitsamt registrierten bzw. beauftragten Teststellen hätten bereits über 50 Prozent ihren Betrieb aufgenommen. Die Zahl der bisher durchgeführten Schnelltests betrage 4.714, davon 50 mit positivem Ergebnis. Man motiviere auch andere, bei der Bürgertestung mitzumachen. Es gebe im Kreis mittlerweile viele hervorzuhebende Beispiele sowohl beim Zusammenwirken von Hilfsorganisationen und kreisangehörigen Kommunen als auch beim ehrenamtlichen Engagement. Man habe damit eine gute Infrastruktur geschaffen, die auch noch weiter ausgebaut werde und die eine Umsetzung des Rechtsanspruches jeder Bürgerin/jedes Bürgers auf mindestens einmalige Testung pro Woche ermöglichen könne. Zurzeit seien mehrere große Testzentren mit einer Leistungsfähigkeit von etwa 800 Schnelltestes pro Tag noch in der Pipeline. Ein großes Testzentrum werde in Unna in den Räumlichkeiten der ehemaligen Eissporthalle angesiedelt, ein weiteres Testzentrum werde in Bergkamen am Parkplatz Im Häupen in Kürze den Betrieb aufnehmen, und in Schwerte werde mit Unterstützung eines kommerziellen Dienstleisters auch ein ähnlich dimensioniertes Testzentrum starten. Im Bereich der kreisangehörigen Gemeinden gebe es Beratungs-, Motivations- und Unterstützungsangebote, um dort auch ortsnahe und niedrigschwellig Testungen anzubieten. Zusätzliche Beauftragungen seien bei sich abzeichnendem Bedarf jederzeit möglich, sodass die Testungen im gesamten Kreis durch ebenen- und organisationsübergreifende Zusammenarbeit gut funktionieren sollten.

Herr Dezernent Hasche geht des Weiteren auf das Thema digitale Kontaktverfolgung und Nutzung der Luca-App ein. Der Kreis Unna beschäftige sich schon seit Ende Februar damit, insbesondere auch aufgrund des Engagements einiger kreisangehöriger Städte und Gemeinden in dieser Richtung. Anfang März sei dazu auf Bund-Länder-Ebene angekündigt worden, dass es in Kürze ein bundeseinheitliches System dafür geben solle. Da dies bis Mitte März noch nicht der Fall gewesen sei, habe der Landrat nach intensivem Austausch entschieden, nicht weiter abzuwarten und die Luca-App an den Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz des Kreises anzubinden. Die Zentrale Datenverarbeitung setze diese Entscheidung bereits technisch um, und in der nächsten Woche würden die Mitarbeiterschulungen beginnen. Man sei daher zuversichtlich, zeitnah nach Ostern mit der Luca-App arbeiten zu können. Interessierte könnten sich bereits in der Luca-App registrieren, auch wenn der Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz des Kreises im Moment selbst noch nicht freigeschaltet sei. Zurzeit sei der Nutzen der Luca-App leider noch sehr eingeschränkt, aber wenn wieder die Zeit der Öffnung und Lockerung käme, werde im Kreis Unna auf jeden Fall eine funktionsfähige digitale Kontaktnachverfolgung möglich sein. Der Einsatz der Luca-App sei zudem kein Ausschlusskriterium für andere software- oder appbasierte Lösungen.

Frau Schmeltzer-Urban bezieht sich auf die Terminbuchungen im Impfzentrum durch nichtberechtigte Personen und die entstandenen Irritationen hinsichtlich der Impfprioritäten. Sie fragt nach, ob es seitens des Kreises Bestrebungen gebe, da mehr Aufklärung zu leisten, um weiteren Ärger zu vermeiden. Herr Dezernent Hasche teilt mit, dass dazu bereits über die Pressestelle kreisweit eine Pressemitteilung veröffentlicht worden sei. Es sei zutiefst bedauerlich, dass die Kassenärztliche Vereinigung (KV) über mehrere Wochen nicht in der Lage gewesen sei, diesen Programmfehler in ihren Softwarewerken zu beheben. Dadurch sei es nicht nur im Kreis Unna, sondern überall zu Fehlbuchungen gekommen. Es sei auch bedauerlich, dass vielen Menschen mit Vorerkrankungen Hoffnung auf einen frühen Impftermin gemacht worden sei. Es seien zwar bestimmte Berufsgruppen priorisiert und die Impfreihefolge durch die Erlasse des Gesundheitsminis-

teriums in Düsseldorf klar geregelt worden, aber die chronisch kranken Menschen seien leider von diesen Erlassen noch nicht erfasst. Man setze hier sehr auf die Hausärzte und hoffe, dass schnellstmöglich die erforderlichen Impfstoffmengen in den niedergelassenen Bereich geliefert würden, um die Menschen mit der entsprechenden Impfung bedienen zu können.

Frau Küpper erkundigt sich nach Coronaerkrankungen in der Polizeischule in Selm. Herr Dezernent Hasche teilt mit, dass es dort 22 Infektionsfälle gegeben habe, die Polizeischule jedoch nicht als ein Hotspot angesehen würde.

Herr Landrat Löhr weist darauf hin, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung der Pandemielage derzeit wieder Personal aus anderen Bereichen der Kreisverwaltung für einen Einsatz im Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz geschult würde. Dies bedeute, dass es dadurch zu Einschränkungen bei den Dienstleistungen der Kreisverwaltung kommen könne.

Punkt 12.2 075/21 Corona-Impfaktion des Kreises Unna; Anfrage der Fraktion GFL+WfU vom 19.03.2021

Herr Dezernent Hasche weist zur Frage 1 darauf hin, dass das Thema Terminmanagement zwei Aspekte habe. Die Terminvergabe für die über 80jährigen liege laut Corona-Impfverordnung ausschließlich in der Zuständigkeit und Verantwortung der Kassenärztlichen Vereinigungen. Es sei angekündigt, dass deren Internetportal überarbeitet und der Durchsatz in den Callcentern erhöht werde. Dadurch könnten insbesondere die gerade in der jüngsten Zeit vorgenommenen Fehlbuchungen von Impfterminen durch noch nicht impfberechtigte Personen abgestellt werden. Im Rahmen des eigenen Terminmanagements befasse sich der Kreis mit der Impfung der sogenannten priorisierten Berufs- und Sondergruppen. Hier habe man ein elektronisches Terminmanagementsystem im Einsatz, mit dem auch schon erfolgreich im Straßenverkehrsamt und in der Ausländerbehörde gearbeitet werde. Hierüber würden individuell die Impftermine vereinbart. Das funktioniere störungsfrei, und insofern bestehe an der Stelle kein Verbesserungsbedarf. Zur Frage 2 verweist Herr Dezernent Hasche auf seine Ausführungen im Rahmen des vorherigen Berichtes zur Corona-Situation. Auf Frage 3 zur Verwendung der in den Haushalt eingestellten Mittel in Höhe von 20.000 Euro teilt er mit, dass man diese, sobald ausreichend Impfstoffmengen vorhanden seien, für eine Kampagne vor Ort zur Mobilisierung und Aufklärung der Bevölkerung hinsichtlich der allgemeinen Impfbereitschaft sicher noch gut gebrauchen werde.

Punkt 12.3 Landesprogramm Extra-Zeit zum Lernen in NRW

Herr Hüppe weist auf das Programm der Landesregierung "Extra-Zeit zum Lernen in NRW" hin, dass sich der Probleme von Schülerinnen und Schülern durch coronabedingt ausgefallenen Unterricht annehme. Dieses Programm sei nicht nur für Sonderschulen, sondern auch für alle allgemeinbildenden Schulen aufgelegt worden. Es biete Ferien- und Wochenendprogramme an, um entstandene Defizite aufzuarbeiten. Zudem gebe es ein Sonderprogramm zusätzlich für die berufsbildenden Schulen sowie ein weiteres Programm, für Kinder mit intensivpädagogischem Förderbedarf, dass eine Einzelbetreuung im häuslichen Umfeld ermögliche. Er verweise dazu auf das Schreiben der CDU-Fraktion vom 22.03.2021 mit dem der Landrat gebeten werde, im Sinne der kreiseigenen Schulen, ihrer Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern im Kreis Unna dieses Programm zu nutzen und umgehend die erforderlichen Anträge einzureichen. Eine Beschlussfassung dazu sei nicht beabsichtigt. In dem Zusammenhang appelliere man auch an die Lehrkräfte der Förderschulen und der Berufskollegs, sich zur Verfügung zu stellen und mitzuhelfen, und vielleicht könne man auch auf die Träger zugehen.

Herr Landrat Löhr sagt zu, dies zu prüfen und mitzuteilen, inwieweit man diesem Förderaufruf folgen werde.

Punkt 12.4**Naturerlebnis Lippeaue**

Herr Pufke teilt mit, dem Hellweger Anzeiger sei zu entnehmen gewesen, dass der Kreis bzw. die Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna (NFG) nur Teile des Projektes Naturerlebnis Lippeaue, konkret nur zwei Stationen von 28, umsetzen werde. Zitiert werde Herr Driesch mit der Argumentation, dass das Projekt 2021 auslaufe. Auf Nachfrage habe man über das Wirtschaftsministerium die Auskunft bekommen, dass seit Stellung des Förderantrages im Februar 2016 seitens der NFG lediglich Planungskosten geltend gemacht worden seien. Das Projekt "Wettbewerb Erlebnis NRW" sei mehrfach verlängert worden, solle nun aber tatsächlich zum September hin auslaufen. Es sei weiterhin mitgeteilt worden, dass seitens der NFG kein neuer Antrag auf Verlängerung gestellt worden sei, obwohl eine Fristverlängerung nicht ausgeschlossen sei. Der CDU-Fraktion sei dieses Projekt sehr wichtig. Es gebe dazu einen Kreistagsbeschluss, und man sehe dringenden Gesprächs- und Handlungsbedarf, um hier schnellstmöglichst noch eine Fristverlängerung erreichen zu können.

Herr Dezernent Holzbeck teilt mit, dass es sich hier um ein Projekt der NFG handele und er diese dementsprechend zu einer Stellungnahme dazu auffordern werde.

Punkt 12.5**Illegales Schächten im Kreis Unna**

Frau Symma bittet um Stellungnahme zu einem Bericht auf der Seite Tagesschau.de über ein Vorkommnis mit illegalem Schächten im Kreis Unna.

Herr Dezernent Hasche bestätigt dies. Vor einigen Tagen sei man durch eine Tierschutzorganisation und nahezu parallel durch die Staatsanwaltschaft in Dortmund über eine Strafanzeige unterrichtet worden. In einem kleineren Schlachtbetrieb hätten mutmaßlich entsprechende Aktivitäten stattgefunden. Diese seien durch die Tierschutzorganisation mit Videoaufnahmen dokumentiert worden. Die Kreisverwaltung habe in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Landesministerium und dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz noch am selben Tag den Betrieb stillgelegt. Man befinde sich in enger Abstimmung mit dem Ministerium und mit dem Landesamt bezüglich des weiteren Vorgehens. Es seien mehrere Rechtskreise betroffen, neben dem Tierschutzrecht auch das Tier- und Schlachtrecht sowie das Strafrecht. Der Kreis werde dieses Verfahren mit allen rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln konsequent begleiten. Da es sich um ein laufendes Verfahren handele, könnten darüber hinaus hier keine weiteren Details erläutert werden. Es habe dazu bereits eine Pressemitteilung durch die Pressestelle des Kreises gegeben, die auf der Homepage abrufbar sei und in der im Wesentlichen die allgemeinen Fakten und auch das Zusammenwirken der Behörden beschrieben würden.

Anlage

Bericht des Dezernenten Hasche zur aktuellen Corona-Situation im Kreis Unna (Anlage zu Punkt 12.1)

gez. Susanne Kronenberg
Schriftführerin

gez. Mario Lühr
Vorsitzender